

reform anzustreben. Daß Papen eine entsprechende Vorlage schon dem nächsten Reichstag, der am 6. November gewählt wird, zu-leiten will, zeigt nicht nur seinen Mut, sondern auch sein Ver-ständnis dafür, daß schließlich nur eine Stabilisierung und Be-ruhigung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie eine vernünf-tige Verfassungsreform verspricht, der Wirtschaft die Voraus-setzung für unge störte Aufbauarbeit bringen kann, die sie braucht. In der Wirtschaft findet denn auch Papen mit seinem Gesamt-programm mehr und mehr Zustimmung. Die Mehrheit der Be-rußspolitiker aber, die im Reichstag saßen, sind seine unversöhn-lichen Gegner, um so mehr, je deutlicher dieser Unterschied zwi-schen der Beurteilung der Lage durch sie und die Wirtschaft, also ihre Wähler, sichtbar wird. Der Widerstand der Beru-ßspolitiker dürfte sich noch verschärfen, wenn mit der Verfassungs-reform der Einfluß des Reichstags vermindert werden soll. Die Gewerkschaften halten sich unverkennbar zurück. Wenn ihre Ver-treter sprechen, weiß man jetzt nicht immer, ob sie als Abgeord-nete oder als Funktionäre zu nehmen sind. Die Gewerkschaften selbst sind auf das Parlament nicht unbedingt angewiesen. Sie können bei einer Verfassungsreform, zumal im Rahmen beru-ßständischer Gedanken, auch in anderer Weise ihre Interessen sicher-gestellt erhalten und dabei vielleicht noch besser fortkommen. Auch gegenüber der sozialrechtlichen Notverordnung scheint bei-nahe der Widerstand mehr in den Reihen der Sozialbürokratie bis hoch ins Reichsarbeitsministerium hinauf zu sitzen als in den Gewerkschaften selbst, die sich der Notwendigkeit von Refor-men längst gar nicht mehr grundsätzlich verschließen. Man vermisst hier beim Reichsarbeitsminister die starke Hand. Daß das Zen-trum sich bereits in die Verfassungsreformbewegung einschaltet, kann sowohl bedeuten, daß sich die Lage dafür im Reichstag be-ßert, wie auch, daß der Widerstand der Parlamentarier sich zu organisieren beginnt. Die Entwicklungsaussichten sind in dieser Hinsicht noch nicht eindeutig zu übersehen. Man wird sich wohl auf jeden Fall auf heftige Auseinandersetzungen gefaßt machen müssen. Dabei wird es aber die Wirtschaft durchaus in der Hand haben, den Lauf der Dinge weitgehend maßgeblich zu beein-flussen. Allgemein rechnet man mit einer Entscheidung erst fürs nächste Frühjahr.

Nicht früher wird auch weltpolitisch die Lage sich klären. Der Ausgang der Präsidentenwahl in Amerika scheint diesmal ungewisser. Damit hängt es wohl zusammen, daß die Welt-wirtschaftskonferenz, die alles bereinigen soll, erst im Februar zusammentreten soll. Sie war anfänglich schon für die Zeit noch vor Weihnachten in Aussicht genommen. Die Ver-zögerung ist nicht ohne Bedenken. Man wird sich aber damit ab-finden müssen und wird es können in der Hoffnung, daß inzwi-schen die erforderlichen Lösungen um so besser vorbereitet wer-den. Der Reichskanzler hat sehr deutlich unterstrichen, daß nach seiner Ansicht der Erfolg der deutschen Wirtschaftsankurbelung letzten Endes durchaus von dem Umschwung in der Weltwirt-schaft abhängt, daß er aber auch der Überzeugung sei, dieser Um-schwung sei bereits eingeleitet und es sei deshalb erforderlich, daß sich die deutsche Wirtschaft schleunigst daran anhängt. Diese Auf-fassung gründet sich wohl nicht nur auf Beobachtung der welt-wirtschaftlichen Konjunktursymptome, sondern auch auf intimere Kenntnis der internationalen Vorbereitungen und Absichten. In Lausanne ist seinerzeit unleugbar mehr besprochen worden, als zunächst bekanntgegeben wurde. Zu den nur schrittweise und vor allem nur international zu lösenden Problemen gehört in erster Linie die Zinsfrage. Mit den geglückten Konversionen in England und Frankreich ist entscheidende Vorarbeit für die all-gemeine Senkung der internationalen Kapitalzinsätze getan, die nur die Weltwirtschaftskonferenz bringen kann. Die deutschen Stillhalteabmachungen gelten bis Ende Februar 1933. Auch für sie eröffnen sich dann hoffentlich bessere Aussichten. In diesem Zusammenhang wird schließlich ebenso die auf zwei Jahre be-fristete Zinsabschlagszahlung an die Landwirtschaft verständlicher. Von einem einseitigen Eingriff endgültiger Natur in die Zins-frage ist damit abgesehen. Man hofft wohl, daß inzwischen die internationale Zinssenkung so weit gedeihen wird, daß sich diese Dinge dann von selbst erledigen. Als weitere Voraus-setzung gehört dazu, daß der internationale Devisenverkehr wie-

der in Ordnung kommt. Die jetzt in Basel abgehaltenen Be-ratungen der Notenbankleiter lassen erwarten, daß die WZ auf diesem Gebiet künftig aktiver werden wird. Auch auf der Konferenz in Stresa hat der Finanzausschuß Vorarbeiten in die-ser Hinsicht geleistet, die vor allem die Devisenschwierigkeiten auf dem Balkan zu beheben geeignet sind. Handelt es sich dabei zunächst auch nur um Empfehlungen an die Weltwirtschafts-konferenz, so wird eben doch diese schließlich entsprechende Ent-scheidungen zu treffen haben. Daß es im übrigen in Stresa ge-lungen ist, die zunächst weit auseinander gehenden Ansichten auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, muß als günstiges Zeichen anerkannt werden. Das gilt namentlich dafür, daß Frankreich endgültig auf den Tardieuplan verzichtet hat. Viel-leicht kündigt sich damit überhaupt ein Einlenken Frankreichs an, nachdem die völlige Umkehrung seiner Zahlungsbilanz es sogar schon wieder zu Goldabgaben genötigt hat. Wenn auf diese Weise die brachliegenden französischen Kapitalmengen all-mählich wieder der Weltwirtschaft befruchtend zugeführt würden, wäre das ja das stärkste Antriebsmoment für eine allgemeine Besserung der Lage. Für England bleibt die Revalorisierung des Pfundes die große Frage und Aufgabe. Die Reichskonferenz von Ottawa hat dafür in dem beschränkt möglichen Umfang Rück-halt gebracht. Ausschlaggebend bleibt aber, ob es gelingen wird, die Steigerung der Rohstoffpreise durchzusetzen, ohne die die Pfundaufwertung kaum denkbar ist. Hier kommt alles auf die Mitwirkung Amerikas an, aber auch darauf, daß der Weltfrieden gesichert gelten kann. Insofern verdient Beachtung, daß unmit-telbar nach der Präsidentenwahl in Amerika der Völkerbund auch die Behandlung der Mandschureifrage wieder aufnehmen soll. Die Verständigung darüber, die von der Haltung Amerikas maßgeblich abhängt, dürfte mit unerläßlicher Voraussetzung für alle sonst schwebenden Pläne zur Wiedereingangssetzung der Weltwirtschaft sein.

Vom Buchhandel und Buchgewerbe aus gesehen, haben die letzten Wochen irgendwelche Veränderungen der Lage nicht gebracht. Die Erstantkündigungen von Neuererscheinungen im Börsenblatt zeigen ansteigende Zahlen, wie es der Saison entspricht. Nachdem einmal der Buchmarkt, insbesondere vor Weihnachten, darauf eingespült ist, daß in erster Linie Neuig-keiten Aufnahme finden, ist eine entsprechende Produktion un-entbehrlich. Der Einsatz muß gewagt werden, und insbesondere das Sortiment muß dem Verlag dankbar sein, daß er es tut. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Die Anpassung der Preise der Neuproduktion an die geschrumpfte Kaufkraft ist er-folgt, so daß von dieser Seite Schwierigkeiten nicht aufkommen sollten. Der Durchschnittsladenpreis der bisher im Börsenblatt angezeigten Neuigkeiten liegt bei 6.90 RM gegen 8.65 RM im Vorjahr. Das entspricht also einer durchschnittlichen Preisentung von rund 20%. Gerade diese Preisentwicklung findet jetzt aber schon mancherlei Kritik. Es handelt sich ja nicht nur darum, daß die Neuproduktion im Preise ständig sinkt. Auch die ältere Pro-duktion wird vielfach geradezu verschleudert und unterliegt einem immer chaotischer wirkendem Preisverfall. Die »Litera-rische Welt« begann deshalb bereits einen Aufsatz »Bücherpreise von heute und morgen« neulich mit den Worten: So geht das nicht weiter. Hier wurde die größte Gefahr von Seiten der Auf-tionen und des modernen Antiquariats gesehen. Wurde dabei auch in erster Linie von den Zuständen in Berlin ausgegangen, so verdient die Schlussfolgerung, es müßte unbedingt zu einer Stabilisierung der Preise gekommen werden, allgemeine Beach-tung und Zustimmung. Auch der vor kurzem in der Frank-furter Zeitung veröffentlichte längere Aufsatz über den Buch-handel in der Krise beschäftigte sich zum Schluß mit der Preis-frage und warnte vor Übertreibung des »Standardpreisgedan-ken« mit den Serien zu 2.85 RM usw. Enthielten im übrigen diese Aufsätze nur im großen ganzen dem Buchhandel Bekanntes, dem man von seinem Standpunkt durchaus zustimmen kann, so ist doch als sehr beachtlich hervorzuheben, wie sachlich jetzt zu den Dingen Stellung genommen wird. Vor wenigen Jahren noch hatte der Buchhandel eine ausgesprochen unfreundliche Presse. Man war stets mit Vorwürfen bei der Hand, ohne daß dabei von Sachkenntnis und Unvoreingenommenheit hätte die